



HESSISCHER LANDTAG

18. 12. 2020

Plenum

Antrag

**Christoph Degen (SPD), Kerstin Geis (SPD), Karin Hartmann (SPD),
Manuela Strube (SPD), Turgut Yüksel (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Frank-Tilo Becher (SPD), Wolfgang Decker (SPD), Lisa Gnadl (SPD),
Dr. Daniela Sommer (SPD) und Fraktion**

**Schulen in benachteiligten sozialen Lagen stärken – kein Kind zurücklassen – weder
in noch nach der Corona-Pandemie**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Corona-Pandemie für alle Familien mit (schulpflichtigen) Kindern und Jugendlichen eine besonders herausfordernde Zeit, für wirtschaftlich schwächere Familien eine enorme Belastung darstellt. Insbesondere Kinder und Jugendliche in benachteiligten sozialen Lagen brauchen aufgrund der Aussetzung des regulären Schulbetriebs und bei temporärer Schließung lokaler Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit, von Spiel- und Lernstuben, mehr und gezieltere Unterstützung und Förderung. Kein Kind darf zurückgelassen werden.
2. Der Landtag ist überzeugt, dass Beschränkungen im Schul- und Kita-Bereich sowie außerschulischen Bildungseinrichtungen im Zuge der Corona-Krise die bereits vorhandenen Benachteiligungen verstärken. Deshalb müssen die betroffenen Kinder und Jugendlichen gezielt gefördert werden, um Bildungsungerechtigkeiten aus- und Lernvoraussetzungen anzugleichen. Deshalb muss es auch gerade Schulen in sozial benachteiligten Lagen ermöglicht werden, auf das Wechselmodell umzusteigen, um zu verhindern, dass Schülerinnen und Schüler durch die Schließung von Schulen erneut abgehängt werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Grundsatz „Ungleichheit mit Ungleichem zu begegnen“ stärker in der Bildungspolitik zu berücksichtigen. Nur durch einen zusätzlichen überproportionalen Einsatz von personellen und finanziellen Ressourcen an Schulen und Kitas in benachteiligten sozialen Lagen können mittel- und langfristig gerechtere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ungleiche Bildungsvoraussetzungen im Elternhaus, z.B. aufgrund sprachlicher Barrieren, müssen ebenso ausgeglichen werden wie materielle Unterschiede, wie etwa eine fehlende Mindestausstattung für effektives Lernen im eigenen Zuhause.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen schulscharfen Sozialindex einzuführen. Die Ressourcenzuteilung muss sich an den sozialen Rahmenbedingungen der einzelnen Schule und deren Schülerschaft orientieren und dementsprechend ausgebaut werden. In Hessen sind die wenigen Stellen für den sozialen Ausgleich lediglich eine Maßnahme symbolischer Politik.
5. In vielen Familien und sozialen Einrichtungen fehlt es an den technischen Voraussetzungen für digitales Lernen und fachlichem Knowhow im Bereich Medienkompetenz. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, Fördermittel für langfristig angelegte Projekte der Digitalisierung im Bildungsbereich bereitzustellen, um Personal, Honorar- und Maßnahmenkosten sowie die Anschaffung und Wartung von technischen Geräten zu finanzieren. Dafür bedarf es eines strukturierten und flächendeckenden Aufbaus einer digitalen Infrastruktur in ganz Hessen und des Zugangs zu günstigen Internetanschlüssen.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Kooperation der hessischen Schulen mit Jugendeinrichtungen sowie Stadtteilzentren in Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen in der Corona-Pandemie auszubauen und darüber hinaus gemeinwesenorientierte Projekte zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten sozialen Lagen finanziell zu fördern. Viel zu viel wird nebeneinander her

statt miteinander gearbeitet. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und sozialen Einrichtungen ist ein wesentlicher Gelingensfaktor für gute Bildung. Wir brauchen Schulsozialarbeit aus einem Guss.

7. Der Landtag fordert, bereits bestehende Programme und Angebote, wie z.B. Deutsch als Zweitsprache (DaZ), auszubauen und zu stärken.
8. Die Landesregierung wird aufgefordert, zeitnah eine sozialraumorientierte Perspektive in der Lehrerausbildung zu implementieren, damit angehenden Lehrkräften bereits im Studium Mechanismen sozialräumlicher Polarisierung und die damit verbundenen Quartiers-effekte nähergebracht werden.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften zeitliche und personelle Ressourcen zur Netzwerkarbeit mit der Schulsozialarbeit, der örtlichen Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Gemeinwesenarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Vernetzung der Akteure ist wichtig und darf nicht neben dem regulären Schulbetrieb herlaufen, sondern muss in den Lehrplan und in das Stundenkontingent der Lehrkräfte fest eingeplant werden.
10. Der Landtag dankt den Städten und Gemeinden, dass sie durch den Ausbau von Ganztags-schulen, die Einstellung von Schul- und Sozialarbeitern, von Personal für Hausaufgabenbetreuung, durch die Jugendhilfe, die Jugendmigrationsdienste und viele zivilgesellschaftliche Akteure maßgeblich zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler beitragen. Das Land muss den Ausbau von Ganztagsschulen gerade auch im Hinblick auf den 2024 einzuführenden Rechtsanspruch auf Ganzttag im Grundschulbereich forcieren und darf nicht abwarten, was der Bund bereitstellt. In Hessen fehlen Investitionsmittel für den Um- und Ausbau von Schulen. Rund ein Drittel aller Grundschulen bietet keinen Ganzttag an, erst 12 der rd. 1.200 Grundschulen sind in Profil 3.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 18. Dezember 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

**Christoph Degen
Kerstin Geis
Karin Hartmann
Manuela Strube
Turgut Yüksel
Ulrike Alex
Frank-Tilo Becher
Wolfgang Decker
Lisa Gnadl
Dr. Daniela Sommer**